

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm ist von seiner Reise nach Schlesien wieder nach Potsdam zurückgekehrt.

* Wie gerüchtweise verlautet, schweben schon seit einiger Zeit zwischen den Bundesregierungen Verhandlungen über die Erhebung neuer Steuern. Welcher Art die neuen Steuern sein sollen, kann natürlich, da alle Beratungen geheim sind, nicht mitgeteilt werden. — Das Gerücht klingt durchaus wahrscheinlich, denn es wird immer klarer, daß die Finanzreform des Jahres 1909 nicht ausreichend für die Bedürfnisse des Reiches gewesen ist.

* Wie aus dem Etat der Schutzgebiets-Schuld hervorgeht, ist beabsichtigt, im Jahre 1911 Schutzgebiets-Anleihen in Höhe von etwa 30 Millionen in Gestalt von vierprozentigen Schuldverschreibungen zu begeben. Die Verzinsung der bisher ausgegebenen Schutzgebietsanleihen erfordert jetzt jährlich den Betrag von 3 927 000 Mk.

* In der Tagung des Verbandes rheinisch-westfälischer Vereine für Feuerbestattung wurde mitgeteilt, daß die preussische Regierung, soweit sie bei dieser Frage in Betracht kommt, sich grundsätzlich sehr freundlich zu dem Gedanken der Feuerbestattung stellt. Der Minister des Innern, des Kultus und der Justizminister haben sich grundsätzlich zustimmend ausgesprochen. Die Regierung hat in feste Aussicht gestellt, einen Entwurf vorzulegen, wenn ihr die Annahme durch den Landtag sicher erscheine. Dazu ist indessen vorläufig nur wenig Aussicht.

Osterreich-Ungarn.

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus ist ein vom Feuerbestattungsbekämpfungsausschuß angelegter Antrag angenommen worden, wonach zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung ein Wohnungsfaktorjorgefonds gegründet werden soll. Er soll vor allen Dingen Gemeinden und Vereinigungen Kredithilfe zum Bau von Kleinwohnungen leisten.

England.

* Das Unterhaus ist mit einer Thronrede König George aufgeführt worden. Der Monarch gedachte in kurzen Worten seines verstorbenen Vaters, wies darauf hin, daß die Beziehungen zu allen Mächten andauernd freundlich seien und gab schließlich seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Verlust zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Ober- und Unterhaus beigetragen sei. Als Termin für den Zusammentritt des neuen Unterhauses wurde der 31. Januar 1911 festgesetzt.

Balkanstaaten.

* Daß der griechische Ministerpräsident Venizelos, der bei seiner Ernennung als der Retter Griechenlands galt, auch unversöhnliche Feinde im Lande hat, zeigt ein Vorfall, der sich gelegentlich seiner Wahlreise durch den Norden ereignete. Auf einer Brückenüberführung ist der Versuch gemacht worden, den Zug, den Venizelos benutzte, zum Untergang zu bringen. Nur der Geistesgegenwart des Zugführers ist es zu danken, daß der Zug nicht in den Strom stürzte. Auch sonst hat Venizelos auf seiner Wahlreise nicht besonderes Glück. Die Bevölkerung glaubt ihm nicht recht, da sie von ihm, gerade von ihm Taten erwartete und auch nur Reden hört. Die innerpolitische Lage des Landes scheint sich demnach immer verwickelter zu gestalten.

Asien.

* Zu den Bedrängern Persiens hat sich jetzt auch die Türkei gesellt. Nachdem Russland und England (zur Aufrechterhaltung der Ordnung natürlich) persisches Gebiet besetzt haben, sieht sich die Türkei veranlaßt, um für die Sicherheit ihrer Landesgrenze gegen Persien Sorge zu tragen, besondere Truppenabteilungen dorthin zu entsenden. Bergedäch hat das persische Ministerium Einspruch erhoben. Persien muß sich die immer drückender werdende Unannehmlichkeit durch fremde Mächte gefallen lassen, trotzdem Russland und England in ihrer Asien-

verträge für Persiens Unverletzlichkeit einzutreten versprochen haben.

Aus dem Reichstage.

Am 26. v. Mts. hielt auf der Tagesordnung die sozialdemokratische Interpellation zur Königsberger Kaiserrede.

Auf Befragen erklärt Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg sich bereit, die Interpellation logisch zu beantworten.

Zur Begründung der Anfrage fährt der Abg. Ledebour (soz.) aus: Im November 1908 herrschte über die Kaiserreden im Reichstage lebendige Gemütsregung. Fürst Bismarck versprach damals, der Kaiser werde auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zeigen, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unerlässlich sei. Die Verhütung des selbstherrlichen Regiments sollte also darüber sein. Aber die Königsberger Rede war die ohenhandige

Verurteilung des Gottesgnadentums

und des persönlichen Regiments. Diese Auffassung vom Gottesgnadentum, die die „Deutsche Tageszeitung“ ausdrücklich billigt, ist durchaus irrig. Das königliche Recht ist heute gebunden an verfassungsmäßige Bestimmungen. Jedenfalls war die Rede eine bewusste Durchbrechung des kaiserlichen Versprechens. Giebt Kaiser Wilhelm den in Königsberg beschrittenen Weg weiter, so ist das für ihn und sein Haus verberlich, wie auch König Manuel gezeigt hat, der mit ähnlichen Anschauungen wie Kaiser Wilhelm erkrankt belastet war. Rettung aus diesen Zuständen bringt nur der demokratische Parlamentarismus. Aber unsere Ziele herrscht keine Unklarheit. Wir sind eine republikanische Partei und unsere Ziele können nur auf republikanischem Boden verwirklicht werden.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Die Ausführungen des Abg. Ledebour zeigen durchaus klar, daß er und seine Partei von einer lebensschafflichen Gegnerpartei gegen unsere Verfassung erfüllt sind. Der Abg. Ledebour hat sich ja toeben mit klaren Worten für seine Partei zum

Republikanismus bekannt.

(Zurufe bei den Soz.: Das ist nicht neu!) Nein, meine Herren, das ist nicht neu. Sie haben von jeher dieses Prinzip verfolgt, das wußten wir, aber es hat kaum eine Zeit gegeben, wo Sie mit diesem Grundsatz so klar an die Öffentlichkeit getreten sind, wie heute. Und es ist gut, daß Sie das tun, daß das ganze Land weiß, zu welchem Ziele Sie hinstreben. Die Interpellation geht von der Annahme aus, der Kaiser habe im November 1908 dem Reichstage durch den Reichskanzler Fürsten Bismarck Erklärungen gegeben, mit denen er sich durch Aufhebungen in Neben dieses Jahres in Widerspruch gesetzt habe. Diese Annahme ist falsch. Trotz der sehr eingehenden Darlegungen ist uns der Abg. Ledebour den Gegenbeweis schuldig geblieben. Es ist mir unersichtlich, wie man sagen kann, daß der Kaiser die Grenzen seines konstitutionellen Herrscheramts überschritten hätte. Die Königsberger Rede enthält auch nicht eine Verletzung absolutistischer, mit unserm Verfassungsrecht ganz unvereinbarer Anschauungen. Die Könige von Preußen sind in einer jahrhundertelangen Entwicklung mit ihrem Volke fest verwachsen. Diese Entwicklung hat sich nicht so vollzogen, daß es das Volk gewesen sei, das sich ein Königtum geleistet hätte, sondern in seiner fast beispiellosen historischen Arbeit großer Herrscher aus dem Hause Hohenzollern, die in der Tüchtigkeit und Fähigkeit der Bevölkerung eine lebendige Stütze fanden, ist ein preussisches Staatswesen erst zusammengekommen. Deshalb sind die preussischen Könige ihrem Volke gegenüber Könige aus eigenem Recht. Verursicht sich der König im Gegensatz zu Tagesmeinungen auf sein Gewissen als die Richtschnur seines Handelns, so geschieht das aus dem Bewußtsein der Größe seines Rechts und seiner Pflichten.

Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.): Für die Interpellation fehlt jeder berechtigte Anlaß. Wenn sich der König als aufersehener Vorkämpfer des Dummheit bezeichnet, so vermeint er damit lediglich auf die seiner Stellung eigene besondere Verantwortung zu verweisen. Der Kaiser bekannte sich auch zum Christentum. War das anstößig? Wenn sich jeder dumme Junge frech zum Atheismus (Gottesleugnung) bekennen darf, dann soll es dem Kaiser verboten sein, sich zum Christentum zu bekennen?

Abg. v. Heubrand (kons.): Wir weisen es mit Entschiedenheit zurück, daß eine

Partei ohne Vaterland und Religion

uns vorschreiben will, was wir von unserm Staats-

mens und religiösen Empfinden zu halten haben. Die Religion und das Amt des Kaisers werden in den Staat gezogen, wie sich das sein Privatmann gefallen lassen würde. Die Sozialdemokratie bekämpft sich offen zur Republik und hält die Zeit für gekommen, wo die Republik auf dem Wege der Revolution herbeigeführt werden soll. Da wiederholte ich das ernste Wort, wie lange die Reichsleitung dulden will, daß die zerrüttende Agitation sich breit macht. Es ist Pflicht der Staatsleitung, die Stunde zu finden und zu wählen, die zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft geeignet ist.

Abg. Wasserhagen (nat.-lib.): Die Bedeutung der Novemberereignisse darf nicht geschwächt werden. Allerdings liegen heute die Verhältnisse anders. Auch wir können in der Königsberger Rede ein

Bekanntnis zum Absolutismus

nicht sehen. Aber wir wiederholen den Wunsch nach Beobachtung derjenigen Zurückhaltung, die im Interesse der Krone geboten ist.

Abg. v. Bahr (fortsch. Sp.): Es darf nicht so hingenommen werden, als habe bei den Novemberereignissen nur der eine Teil Erklärungen abgegeben. Die Königsberger Kaiserrede ist mit der Verfassung des Deutschen Reiches und mit der Stellungnahme der Wissenschaft nicht vereinbar.

Abg. David (soz.): Die Königsberger Kaiserrede entsprang dem Bedürfnis des Kaisers, sich durch die Novemberereignisse nicht dauernd ins Unrecht setzen zu lassen. Wir der Kaiser, sind wir alle „von Gottes Gnaden“, und offenbar ist es Gottes Wille, daß wir Sozialdemokraten so zunehmen. Es ist unmöglich, daß ein einzelner regiert;

das Parlament muß regieren.

Abg. v. Dirksen (freil.): Die ganze Interpellation ist Zeitvergeudung. Das ganze Volk mißbilligt die Angriffe

auf den Kaiser.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bgg.): Wir sehen in den jüngsten Reden des Kaisers keinen Regierungsakt, sondern ein persönliches Glaubensbekenntnis des Kaisers und mißbilligen die internationale Hege gegen den Kaiser.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgt die freisinnige Interpellation betr. die Privatbeamtenverleumdung.

Staatssekretär Delbrück erklärt, der Entwurf werde von der preuss. Regierung geprüft und solle danach veröffentlicht und dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Am 28. November wird zunächst die zweite Lesung der Vorlage auf Antrag des zur Herbeiführung von Banknoten verwendeten Papieres erledigt. Die einzelnen Paragraphen werden angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage auf Auslegung der Verfassungsbestimmungen über Schiffahrtssabgaben.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Der Entwurf beweist die Lösung einer Frage, die seit langem die öffentliche Meinung beschäftigt: wie weit die Kosten der natürlichen Wasserstraßen den Steuerzahlern verbleiben oder von den Schiffahrtsbeteiligten aufgebracht werden sollen. Der Wechsel der Ansichten auf diesem Gebiete ist Hand in Hand gegangen mit der Ausdehnung des Schiffahrtssystems und der großen Steigerung der Kosten, die durch den Ausbau der Schiffahrtstrassen verursacht werden. In weiten Kreisen hat sich die Überzeugung festgesetzt, daß es gerecht sei, die Benutzung der Ströme an den Ausbaurkosten zu beteiligen. Auf dieser Auffassung beruht das preussische Wasserstraßengesetz. Der vorliegende Entwurf beruht auf dem einstimmigen Beschluß des Bundesrats. Diese Einmütigkeit konnte erreicht werden, da der Geist bundesfreundlicher Bemühungen allseitig bereit war, durch Opfer der ursprünglichen Meinungen und Ziele dem Interesse der Allgemeinheit zu dienen. Ich hoffe, daß namentlich auch der Reichstag der Grundlage zustimmen wird, auf der sich die weitere Ausdehnung der deutschen Wasserstraßen vollziehen soll. Erst nach Annahme des Gesetzes wird die Zeit gekommen sein, mit denjenigen auswärtigen Staaten, welche an den deutschen Wasserstraßen beteiligt sind, auf der Grundlage des gemeinsamen Interesses zu verhandeln.

Preussischer Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach ergänzt die Ausführungen des Kanzlers durch einige Darlegungen über das preussische Wasserstraßengesetz. Die Ausgaben, die auf Grund dieses Gesetzes erhoben werden sollen, fließen in eine gemeinsame Stromkasse.

Abg. am Behnke (Zentr.) beantragt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern und stellt sich durchaus auf dem Boden der Vorlage.

Abg. Reetz (kons.): Wir stimmen der Vorlage in untrüblicher Zustimmung. Unsere Fraktionsgenossen aus aus Sachsen behalten sich vor, ihre ablehnende Haltung zu begründen.

Abg. Frank-Mannheim (soz.): Wir sehen in der Vorlage nicht eine Förderung, sondern eine Hemmung des Verkehrs und lehnen sie ab.

Abg. W. J. (soz.): Die Vorlage ist ein billiger Entwurf in seiner Grundlage und hoffen, daß er zur Fortführung der deutschen Wasserstraßen führen wird.

Abg. Kämpf (fortsch. Sp.): Die Abschaffung der Schiffahrtssabgaben war ein großer Fortschritt. Jetzt soll der Weg rückwärts gemacht werden.

Abg. Frhr. v. Gamp (freisinnl.): Wir stimmen der Vorlage zu. Wir wollen aber nicht, daß Handel und Industrie durch die Art der Gebührenerhebung gehemmt werden.

Minister v. Breitenbach: Eine Spannung zwischen der sächsischen und preussischen Regierung hat nicht bestanden. Dieses Gesetz ist vorbereitet in voller Loyalität und in vollstem Bewußtsein der Pflichten Preußens gegen das Reich.

Der Reichstag führte am Dienstag die erste Lesung des Entwurfs über die Schiffahrtssabgaben zu Ende. Abg. Zehner (Zentr.) erklärte sich für seine sächsischen Fraktionsgenossen für die Vorlage, erwartet aber zuversichtlich, daß der Ausbau der Rheinstraßen bis Konstanz. Für die sächsischen Abgeordneten der gesamten Rechte gab Abg. Wagner (kons.) die Erklärung, die betreffenden Abgeordneten lehnen die Einführung der Schiffahrtssabgaben ab, obwohl sie anerkennen, daß die sächsische Regierung bemüht gewesen sei, die Vorlage zugunsten der sächsischen Volkswirtschaft zu mildern. Die Entwürfe der sächsischen Industrie sei vornehmlich mit auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen. Auch Abg. Korstanty (Pole) konnte die Annahme der Vorlage nicht in Aussicht stellen. Abg. Solle (soz.) stimmte der Vorlage gleichfalls nicht zu. Abg. Jund (nat.-lib.) trat der Vorlage mit erheblichen Bedenken gegenüber und bedauerte, daß nicht wenigstens die Erhebung der Schiffahrtssabgaben dem Reiche übertragen sei. Abg. Hausmann (fortsch. Sp.) betrachtete den Entwurf als verbesserungsbedürftig. Daß die Kanalisierung der Mosel und Saar lediglich auf preuss. Industriegebiete unterließe, müsse in Rücksicht auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen. Die Entwürfe der sächsischen Industrie sei vornehmlich mit auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen. Auch Abg. Korstanty (Pole) konnte die Annahme der Vorlage nicht in Aussicht stellen. Abg. Solle (soz.) stimmte der Vorlage gleichfalls nicht zu. Abg. Jund (nat.-lib.) trat der Vorlage mit erheblichen Bedenken gegenüber und bedauerte, daß nicht wenigstens die Erhebung der Schiffahrtssabgaben dem Reiche übertragen sei. Abg. Hausmann (fortsch. Sp.) betrachtete den Entwurf als verbesserungsbedürftig. Daß die Kanalisierung der Mosel und Saar lediglich auf preuss. Industriegebiete unterließe, müsse in Rücksicht auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen. Die Entwürfe der sächsischen Industrie sei vornehmlich mit auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen.

Auch Abg. Korstanty (Pole) konnte die Annahme der Vorlage nicht in Aussicht stellen. Abg. Solle (soz.) stimmte der Vorlage gleichfalls nicht zu. Abg. Jund (nat.-lib.) trat der Vorlage mit erheblichen Bedenken gegenüber und bedauerte, daß nicht wenigstens die Erhebung der Schiffahrtssabgaben dem Reiche übertragen sei. Abg. Hausmann (fortsch. Sp.) betrachtete den Entwurf als verbesserungsbedürftig. Daß die Kanalisierung der Mosel und Saar lediglich auf preuss. Industriegebiete unterließe, müsse in Rücksicht auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen. Die Entwürfe der sächsischen Industrie sei vornehmlich mit auf die Abgabenfreiheit der Elbe zurückzuführen.

Die Moabiter Krawalle vor Gericht.

* Noch während das Verfahren schwebt, ist in den Zeitungen der Meinungsstreit entbrannt über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen. Auf der einen Seite wird behauptet, die Anklage der Staatsanwaltschaft sei insofern hinsichtlich geworden, als nicht festzustellen sei, daß es sich bei den Unruhen im September um bewußtes einheitliches Vorgehen einer aufgeregten Menge gehandelt habe, andererseits wird mit gleichem Eifer erklärt, daß die Anklage der Staatsanwaltschaft noch in keiner Weise erschüttert worden sei. Welche der beiden Parteien das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, kann von Fernstehenden schwer beurteilt werden. Jedenfalls ist das Streiten angesichts der augenblicklichen Prozeßlage ziemlich unfruchtbar. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Verteilung

die Hauptentlastungszeugen

erst noch im Laufe der weiteren Verhandlung laden lassen wird, wer aber möchte behaupten, daß das Belastungsmaterial der Staatsanwaltschaft bereits erschöpft sei? Jedenfalls wird der Prozeß, dessen Dauer noch gar nicht abzusehen ist, noch mancherlei Überraschungen bringen. Das läßt sich mit Gewißheit annehmen, da der Vorsitzende Landgerichtsrat Lieber den Anträgen der Verteidigung auf Annullation von Zeugen unbeschränkt Raum gibt. Herr Lieber, gegen den die Verteidigung anfangs mancherlei Einwände erhob, hat in der dreizehnstündigen Verhandlung übrigens alles getan, um seinerseits alle Parteien, wie er am letzten Verhandlungstage in einer Unterredung mit einem Verteidiger sagte, zu vermeiden. Seiner geschickten Prozeßführung ist es zu danken, wenn die nervöse Erregung, die naturgemäß im Verhandlungslokal herrscht, sich nicht in heftigen Explosionen äußert. Es ist nur zu wünschen, daß dieser aus mannigfachen Gründen besonders unerquickliche Prozeß sich auch weiter in diesen Bahnen bewegt.

Das Mädchenheim.

7) Novelle von Antonie Andrea. (Fortsetzung.)

Sonntag. — Sie ist doch krank. Wie elend sah sie heute aus! Warum sie nur von ihm stets als „der Baron“ spricht?

Montag. — Ein paar Herzen zu Tisch. Ich merkte es — hätten mir nämlich gern den Hof gemacht. Sie hielt sie in den Schranken mit ihrer Anwesenheit. Als sie fort war, und ich den Kaffee am Büfett bereitete, hagelte ein Schauer von Komplimenten auf mich ein. Er allein sagte nichts. Hatte mich am liebsten mit den Augen gespiegelt.

Dienstag. — Arzt hat kommen müssen. Sie soll einige Tage das Bett hüten. Was fehlt ihr nur? Er wollte zweimal zu ihr hinein. Wurde abgewiesen. Man ist nicht dumm: der Grund unter dieser glatten Oberfläche ist bewegt — trübe.

Mittwoch. — Ein junger Mensch im Hause — Art von Rentner. Schmachte mich fürchterlich an. Ihn gründlich abfallen lassen. In einem Hause wie dieses gibt man sich nicht mit Bedienten ab. Außerdem — siehe Brandin! Man wird genötigt im Laufe der Zeit.

Donnerstag. — Ruth Stelle als Kaffeeverin. Also doch! Sie braucht mich hier nicht zu besuchen. Arnold neulich hier — der Herr Leutnant! Großen Eindruck bei uns gemacht. Selbst sie tante auf, als er spielte. Nachher verließ sie den Salon: Ruft regte sie zu sehr auf. Später fragte sie mich allerlei, was meine

Familie betrifft. Von Ruth hab' ich nichts gesagt.

Freitag. — Er nach Hause gekommen von einer Reise. Bin ganz betroffen. Mir prachtvollen Seidenstoff zur Mode mitgebracht. Was fällt dem Alten ein? Allerdings — auf seiner Karte, die dabei lag, hieß es: „Im Auftrag meiner Frau, der Baronin.“ Habe mich bei ihr bedankt. Wie sie das aufnahm! Die echte, große Dame. Von ihr lerne ich, wie's gemacht wird.

Sonabend. — Sie sehr elend. Kann nicht zu Tisch. Mit ihm allein. Gott, was ist er alt und häßlich. Aber die reizende dunkelblaue Seidentube machte mich neid. Wollte ihm so etwas wie: danke schön! sagen. Wie er die Augen verdrehte.

Sie fällen Ihre schwere Stelle bewundernswürdig aus,“ sagte er. „Wir werden uns glücklich schätzen, es Ihnen so angenehm wie möglich in unserm Hause zu machen.“ Aus dem Alten wurde ein anderer Klug. . .

Diesen Morgen mußte es sich entscheiden. Die Probezeit lief damit ab. Ruth wachte längst vor Tagesanbruch. Die Erwartung dessen, was kommen sollte, ließ sie die ganze Nacht nicht schlafen. Sie stand leise auf und bereitete in der Küche das Frühstück. Als später Frau Selters zum Vorhinein kam, verschlafen, mit anglickischer Miene, wurde der Kaffee aufgetragen — für Arnold nach wie vor in seinem eigenen Zimmer.

„Ach, Ruth! Wir träumte, du wärst

nicht angestellt worden,“ seufzte Frau Selters sorgenvoll.

Ruth bekam einen Schreck; dann lachte sie sich selbst aus. „I, Mutterle — Täume bedeuten bekanntlich das Gegenteil.“

Es wurde ihr aber doch recht bekommen um das Herz, als sie heute die mit Decken belegte Treppe zu den Geschäftsräumen in die Höhe stieg. Was war das? Auf ihrem Platz lag eine frische, wunderschöne Maraschal Niel-Rose! — Sie war die erste. Ein Hausdiener nur, mit Aufnahmen und dem Abwischen der Fenster beschäftigt. Die Rose? Ihr pochte das Herz. Wer hatte sie dahin gelegt? Zu denken, daß sie nicht für sie bestimmt, wäre Verstellung gewesen. Aus ihrem zarten, matten Gesicht schaute das Teufelchen des jungen Mieses an. Hastig legte sie sie beiseite, doch mit einem Anflug von Bedauern; am liebsten hätte sie sie vorgekostet.

Sie schaute verstohlen nach dem Hausdiener hin. Schmunzelte er nicht? Ihn fragen? Nein —

Mit einer Miene, die durchaus nichts Ungewöhnliches darget, holte sie ihre Rechenbücher hervor und begann zu arbeiten. Jetzt stellten sich die „Atelierdamen“ ein und der Rest des schicklichen Personals. Nur das „Empfangsfräulein“ tauchte ein paar freundliche Worte mit der jungen Kassiererin aus, die andern schon länger im Geschäft, warteten, daß diese ihnen eine kollegialische Annäherung machte. Ruth dachte nicht daran — nicht, weil persönliche Antipathien mitsprachen, sondern weil sie es für selbstverständlich hielt, daß jedes,

mit seinen Obliegenheiten beschäftigt, sich um das andre nicht kümmern konnte.

Gegen zehn Uhr legte der Kontordienere ihr einen großen gelblichen Brief auf das Pult: „Für Sie, Fräulein Selters!“

Ihre Finger zitterten doch merklich, als sie den Umslag mit der Firma Mieses u. Komp. öffnete. Er enthielt ein paar Banknoten und einige rein geschäftliche Zeilen, mit denen der Chef der Firma ihr das vierteljährliche Gehalt übermittelte und sie um die Unterschrift des einliegenden Kontrastes, kraft dessen sie nun fest angestellt sei, ersuchte.

An diesem Tage arbeitete sie mit einer wahren Begeisterung. Wer sie ansah, merkte, daß ihr etwas Gutes begegnet war.

Gegen Mittag ging der Chef der Firma an der Kasse vorbei, auf seinem üblichen Mustergang. Sie sah gerade über dem großen Kontobuch, um ein paar neue Posten einzutragen, als Herr Mieses herantrot. „Ruh, Fräulein Selters, wie geht es?“ fragte er gemächlich.

„Ausgezeichnet,“ entgegnete sie munter. Das Beste von allem ist, daß mein geheimer Chef mit mir zufrieden ist.“

„Das ist selbstverständlich. Sie sind eine ausgezeichnete Arbeitskraft und eine wahre Rechenkünsterin. Es liegt in unserm Interesse, wenn wir Sie bei uns festhalten.“

In diesem Augenblick kam eine junge Dame, einfach, aber sehr vornehm gekleidet, durch die Verkaufsstelle; ihr gelbbraunes Haar, schlicht geteilt und am Hinterkopf zu einem Knoten geflochten, das zarte, matt angehauchte, runde Gesicht, das Kapottchen,